

Spannungsfeld: System- und Datenschutz

Dr. Alexander Koch
Institut für das Recht der Netzwirtschaften,
Informations- und Kommunikationstechnologie

Inhalt des Vortrags

- Abgrenzung Fernmeldegeheimnis / Datenschutzrecht.
- Systematik des Datenschutzrechts:
 - TKG,
 - TMG,
 - BDSG.
- Personenbezug von IP-Adressen.
- Exkurs: Spamtraps und Honey pots.
- Exkurs: Vorratsdatenspeicherung.

Struktur Datenschutzrecht

- Person \leftrightarrow Datum
- Bsp auth.log:
„Sep 17 13:07:09 alan sshd[...]: (pam_unix)
session opened for user koch2“
- koch2 (Person) hat sich am 17.9. um 13:07 auf dem Rechner alan über ssh angemeldet (Datum).

Struktur Fernmeldegeheimnis

- Information, die dem Fernmeldegeheimnis unterliegt.
- KEIN Personenbezug erforderlich (aber nicht schädlich)!
- Bsp (Mailinhalt):
„... ist das Wetter in Bonn herrlich ...“
- Fernmeldegeheimnisrelevanz, obwohl unklar ist, wer mit wem über das Wetter in Bonn kommuniziert.

Quellen des Datenschutzrechts

- Grundgesetz (GG): Recht auf informationelle Selbstbestimmung:
 - BVerfG, Urt. v. 15.12.1983 – Az. 1 BvR 209/83 u.a.
 - Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).
- Sektorspezifisches Recht:
 - Telekommunikationsgesetz (TKG),
 - Telemediengesetz (TMG).

Personenbezug

- § 3 Abs. 1 BDSG:
„Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person (Betroffener).“
- Für die Bestimmbarkeit ist auf die Kenntnisse, Mittel und Möglichkeiten der speichernden Stelle abzustellen.
 - Personenbezug mit verhältnismäßigem Aufwand herstellbar?

- Speichernde Stelle:
 - ISP,
 - Diensteanbieter
- Statische IP-Adressen:
 - Personenbezug nahezu einhellig anerkannt.
 - Warum eigentlich?
- Dynamische IP-Adressen:
 - Personenbezug ist in Wissenschaft und Rechtsprechung heftig umstritten.
 - Spielstand in der Rechtsprechung derzeit 1:1.

- Beklagte: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz.
- Hintergrund: Das BMJ hat im WWW-Log IP-Adressen protokolliert.

Das Urteil im Einzelnen

- IP-Adressen haben immer Personenbezug.
- Gilt auch für dynamische IP-Adressen.
- Bei IP-Adressen ist der Betroffene jedenfalls bestimmbar (praktische Erfahrung ...).
- Hilfsüberlegung: Ohne Personenbezug könnten Daten etwa an Zugangsanbieter weitergegeben werden, die die Zuordnung Nutzer-IP ohne Probleme herstellen könnten.
- Datenschutzrecht soll gerade auch vor Missbrauchskonstellationen schützen.

- Das Gericht stellt in einem obiter dictum fest, dass IP-Adressen *keine* personenbezogenen Daten sind.
 - Allerdings keine Auseinandersetzung mit dem Problemkreis.
- Obergerichtliche Klärung steht nach wie vor aus.

Zwischenstand

- IP-Adressen sollten als personenbezogene Daten behandelt werden.
- Die Speicherung und Nutzung bedarf einer ausdrücklichen gesetzlichen Erlaubnis – oder der Betroffene willigt in die Verarbeitung ausdrücklich ein.

Subsidiarität des BDSG

- § 1 Abs. 3 BDSG.
- TKG und TMG enthalten Regeln für den Umgang mit personenbezogenen Daten.
- BDSG wird im Bereich von Log-Daten weitgehend verdrängt.

Auf Log-Daten anwendbares Recht

- Abgrenzung Telemedien- / Telekommunikationsrecht:
 - § 1 Abs. 1 TMG: TM-Dienste sind elektronische Informations- und Kommunikationsdienste, soweit sie nicht TK-Dienste sind.
 - § 3 Nr. 24 TKG: TK-Dienste sind Dienste, die ganz oder teilweise in der Übertragung von Signalen bestehen.
- Faustformel:
 - TCP, IP (und niedriger): TKG.
 - Anwendungsschicht: TMG.
 - Ausnahmen: E-Mail, VoIP: TKG...

- Ermächtigung für Eingriffe:
 - § 109 TKG? (-)
 - Schutz von Daten, nicht Eingriff!
 - § 100 Abs. 2 TKG? (-)
 - Zugriff auf Kommunikationsinhalte.
 - Nicht auf IP-Kommunikation übertragbar.
 - § 100 Abs. 3 TKG?
 - Bekämpfung rechtswidriger Inanspruchnahmen.
 - Wohl keine allgemeine Ermächtigung. (-)
 - § 100 Abs. 1 TKG?
 - Schutz von TK-Anlagen. (+)

§ 100 Abs. 1 TKG

- Erkennen, Eingrenzen oder Beseitigen
- von Störungen oder Fehlern
- an TK-Anlagen,
 - also keine Endgeräte!
- Bestands- und Verkehrsdaten.
 - Keine Inhaltsdaten!
- D.h.:
 - Viren- und Spamfilter (?),
 - IDS (-).

Lösung: Einwilligung!

- Problem: Es ist praktisch nur die Einwilligung der eigenen Angestellten, nicht aber deren Kommunikationspartner einholbar.
- Fernmeldegeheimnis ist auf 3-Personen-Verhältnis zugeschnitten.
- Fernmeldegeheimnis gilt nicht zwischen den Kommunikationspartnern.
- Jeder kann (grundsätzlich ...) in die eigene Überwachung einwilligen ...
 - ... und damit indirekt in die seines Kommunikationspartners ...

- § 12 TMG
 - Personenbezogene Daten dürfen nur erhoben und verwendet werden, soweit das TMG oder eine andere TM-Rechtsvorschrift es erlaubt oder der Nutzer eingewilligt hat.
- § 15 TMG
 - Personenbezogene Daten dürfen nur erhoben und verwendet werden, um die Inanspruchnahme zu ermöglichen und abzurechnen.

- § 15 Abs. 8 TMG
 - Bei „zu dokumentierende[n] tatsächliche[n] Anhaltspunkte[n]“ einer unentgeltlichen Nutzung dürfen personenbezogene Daten über das Ende des Nutzungsvorgangs gespeichert werden.
- Eine hierüber hinausgehende Regelung wie § 100 TKG fehlt im TMG!
 - TMG sieht also keine Datenverarbeitung aus Gründen der Systemsicherheit vor.
 - Wurde bereits zu Zeiten des TDG kritisiert.
 - Novelle ist kürzlich erst gescheitert ...

- Was bleibt?
 - Dienste, die weder TK noch TM sind!
 - Dienste, die überhaupt nicht angeboten werden: Portscanns!
 - Intern genutzte Dienste (z.B. ssh, Intranet).
- Nutzung:
 - § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG: Interessenabwägung.

Interessenabwägung

Datenverarbeitung ist zulässig,

Speichernde Stelle:

„soweit es zur
Wahrung
**berechtigter
Interessen** der
verantwortlichen
Stelle **erforderlich**
ist ...“

Betroffener:

„... und kein Grund zu
der Annahme besteht,
dass das **schutz-
würdige Interesse**
des Betroffenen an
dem Ausschluss der
Verarbeitung oder
Nutzung **überwiegt** ...“

Exkurs: Honey pots und Spamtraps

- Erheben von Daten?
 - Daten werden „freiwillig“ geliefert.
- TMG?
 - Honey pot, der einen TMD simuliert ist TMD?
 - Drittbezug erforderlich?
- BDSG:
 - § 28 Abs. 1 Nr. 2: Interessenabwägung.

Exkurs: Vorratsdatenspeicherung

- § 113a TKG.
- E-Mail-Anbieter müssen speichern:
 - Absender und Empfänger (Postfach und IP),
 - Zugriffe auf Postfach,
 - Zeitpunkt.
- Internetzugangs-Anbieter müssen speichern:
 - IP-Adresse,
 - Kennung des Teilnehmers,
 - Beginn und Ende.

Vorratsdatenspeicherung

- Vorratsdaten unterliegen einer strengen Zweckbindung.
- Keine Nutzung für eigene Zwecke!
- Ggf. doppelte Log-Dateien!
- ... Verfassungsbeschwerden laufen noch ...

Fazit...

- TK-Bereich: Systemschutz möglich.
- TM-Bereich: Keine Logs für Systemschutz...
- Einwilligung!
- Indirekte Detektion: ungenutzte Ports, Honeypots, Spamtraps.
- ... hoffen auf den neuen Gesetzgeber ...

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Für weitere Informationen:

IRNIK
Dr. Alexander Koch
Postfach 15 01 61
53040 Bonn
Tel.: 02 28 / 8 50 86 63
Fax: 02 28 / 8 50 86 62
ak@irnik.de



Institut für das Recht der Netzwirtschaften,
Informations- und Kommunikationstechnologie

WWW: <http://www.irnik.de>